

vorwärtsHESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

JULI/AUGUST 2013

SCHWARZ-GELB FERNAB VON BÜRGERN



FOTO: FLORIAN JAENICKE

Thorsten Schäfer-Gümbel,
SPD-Landesvorsitzender

Die Debatten über die Dauer der gymnasialen Mittelstufe – Stichwort G8 oder G9 – über das missratene Kinderförderungsgesetz und die kommunalen Finanzen haben überdeutlich gezeigt: Die schwarz-gelbe Landesregierung und die Fraktionen von CDU und FDP im Landtag haben die Bodenhaftung völlig verloren. Sie handeln fernab von den Bürgerinnen und Bürgern und gehen respektlos über den Willen hinweg.

Rund 140.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich einer Petition gegen das sogenannte Kinderförderungsgesetz (Kifög) angeschlossen. Sie haben den schwarz-gelben Etikettenschwindel satt, denn dahinter verbirgt sich der Qualitätsabbau in den Kitas. Angesichts dieser Protestwelle von Eltern, Erzieherinnen und Erziehern hat die SPD gefordert, das Gesetz auf Eis zu legen, aber Schwarz-Gelb wollte mit dem Kopf durch die Wand. Deswegen wird die SPD in Regierungsverantwortung dieses Gesetz schnellstens zurücknehmen und mit allen Betroffenen über eine Neuregelung sprechen. Ähnlich ist das Bild bei der völlig verkorkten gymnasialen Mittelstufe. Auch hier liegt eine Petition von Zehntausenden Eltern vor. Sie fordern, dass auch Kinder in der fünften und sechsten Klasse an Gymnasien zu G9 wechseln können. Aber für Schwarz-Gelb zählt der Elternwille nicht. Ideologische Verböhrtheit steht praktischen Lösungen im Wege. Rund 90 Prozent der Eltern von Grundschulkindern wollen die sechsjährige Mittelstufe, und wir werden diesem Wunsch nach einem Regierungswechsel Rechnung tragen.

Schließlich hat der Staatsgerichtshof die verfassungswidrige Selbstbedienung des Landes aus den kommunalen Kassen gestoppt. Das ist die Quittung für die Arroganz, die jeden Hinweis zur Finanznot der Städte und Gemeinden in den Wind geschlagen hat. Jetzt hat das hessische Verfassungsgericht deutlich gemacht: Für ausreichende Finanzen der Kommunen ist das Land verantwortlich. Ein gutes Urteil, ein Stoppschild für Schwarz-Gelb.

Am 22. September haben es die hessischen Wählerinnen und Wähler in der Hand, dieser bürgerfernen Regierung endgültig das Stoppschild zu zeigen. Es wird Zeit dafür.

Th. Schäfer-Gümbel

» DAS REGIERUNGSPROGRAMM IST GEDRUCKT.

» DAS POSTER „REGIERUNGSPROGRAMM-PLUS“ STELLT SECHS SCHWERPUNKTTHEMEN VOR.

» DAS DRUCKPORTAL FÜR ALLE WAHLKAMPFMATERIALIEN LÄUFT. ZUGANG ÜBER WWW.SPD-HESSEN.DE (SERVICE)

» GROSSPLAKATE FÜR INHALTE, KANDIDATEN ODER THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL KÖNNEN UNTER WWW.SPD-HESSEN.DE GESPENDET WERDEN.

» DER AUFTAKT IN DIE HEISSE WAHLKAMPFPHASE IST AM 24. AUGUST.

» KANDIDATEN, MITGLIEDER UND FREUNDE DER SPD MACHEN EINE RADTOUR VOM 24.8.-8.9. DURCH GANZ HESSEN.

» DIE WAHLKAMPFWEG FÜR DEN ONLINEWAHLKAMPF STARTET ENDE JULI.

» 19. BIS 25. AUGUST: BILDUNGSAKTIONSWOCHE ZUM SCHULSTART IN GANZ HESSEN

POLITIKWECHSEL JETZT

LANDESPARTEITAG IN BAD HERSFELD

Die Nominierung von Thorsten Schäfer-Gümbel zum Spitzenkandidaten und die Aufstellung der Kandidatenliste waren das endgültige Aufbruchsignal zum Politikwechsel in Hessen. Der Landesparteitag in der alten Industriehalle in Bad Hersfeld mit ihrer sichtbar geschichtsträchtigen Vergangenheit bot dazu ein eindrucksvolles Bild: alte Stahlträger mit unzähligen Nieten, Kräne, vieles im Um- und Aufbau. „Hier riecht es noch nach Maschinenöl. Wir sind die Partei der Arbeit“, betonte Generalsekretär Michael Roth in seiner Begrüßungsrede. Knapp 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter 350 Delegierte, Gäste und Journalisten waren gekommen.

„Hessen ist gut. Schlecht ist die Regierung. Das Land kann es besser“, erklärte

der Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel in seiner motivierenden Rede. Mit fast 98 Prozent wurde Thorsten Schäfer-Gümbel zum Spitzenkandidat der hessischen SPD für die Landtagswahl 2013 nominiert. Damit verbesserte er sein Ergebnis von 94,6 Prozent aus dem Jahr 2011. „Das ist ein super Vertrauensvorschuss“, sagte er.

Grubenlampe und Steigerstock, die Geschenke des Bergmannvereins Glückauf Wintershall für Thorsten Schäfer-Gümbel, sollten das Rüstzeug für den noch steinigen Weg zur Regierungsübernahme symbolisieren. „Unsere größte Herausforderung ist der Vertrauensverlust der Menschen gegenüber der Politik“, betonte er. Überzeugen möchte er mit Taten statt Worten.

→ Fortsetzung auf Seite 2



FOTO: PETER JÜLICH

Mit 98 Prozent der Stimmen als Spitzenkandidat gewählt. „Danke, das ist ein super Vertrauensvorschuss“, freute sich Thorsten Schäfer-Gümbel.



Manfred Schaub, Laura Garavini (Partito Democratico) und Thorsten Schäfer-Gümbel auf dem Landesparteitag.

EUROPALISTE: GEMEINSAM KÄMPFEN FÜR EIN ANDERES EUROPA

Für ein demokratisches, soziales und wirtschaftlich starkes Europa möchte der Europaabgeordnete Udo Bullmann auch in der nächsten Legislaturperiode wieder eintreten. Auf dem Landesparteitag wurden hierfür die personellen Weichen gestellt. Verursacher der Krise in Europa seien nicht die Menschen in Athen, Dublin oder Madrid, sondern die Akteure an den Finanzmärkten, analysierte Udo Bullmann, Vorsitzender der SPD-Delegation im Europa-Parlament. „Deshalb brauchen wir eine wirkungsvolle Kontrolle der Finanzmärkte.“ Merkels Politik verschärfe die Krise noch zusätzlich. Notwendig seien eine Stärkung des Europa-Parlaments, ein sozialer Stabilitätspakt sowie ein Wachstums- und Investitionsprogramm. Die Delegierten beschlossen folgende Reihenfolge für die Europalisten zur Wahl im Jahr 2014: Udo Bullmann, Martina Werner, Sylvia Kunze, Santi Umberti, Karin Fissmann. ■



Torsten Warnecke gratuliert Udo Bullmann zur Wahl auf die hessische Vorschlagsliste für die Europawahl 2014.

JETZT DIE MENSCHEN ÜBERZEUGEN

EIN KOMMENTAR VON SPD-GENERALSEKRETÄR MICHAEL ROTH

Der Countdown zur Bundes- und Landtagswahl am 22. September läuft. Wir haben für Hessen ein überzeugendes Programm entwickelt und ein starkes Team von Kandidatinnen und Kandidaten sowie eine kompetente „Mannschaft für den Wechsel“ aufgestellt. Unser Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel steht glaubwürdig für ein gerechtes und starkes Hessen. Jetzt, zu Beginn der Ferienzeit, liegt schon viel Arbeit hinter uns – und noch viel vor uns. Wir sind gut aufgestellt

für die anstehenden Wahlkämpfe und hoch motiviert. Wir werden in den nächsten Tagen noch eine Schippe drauflegen.

Unsere Ziele sind klar. Wir wollen bei der Landtagswahl die stärkste politische Kraft in Hessen werden und mit einem guten Ergebnis die Bundes-SPD unterstützen, damit Schwarz-Gelb auch im Bund nach dem 22. September abgelöst wird. Deutschland und Hessen können sich nicht noch weitere Jahre des Stillstands leisten. Wir werden jetzt alles daran setzen, die Bürgerinnen

und Bürger mit unseren Argumenten zu überzeugen. Dafür brauchen wir deine Unterstützung. Gemeinsam stehen wir für mehr und bessere Bildung von Anfang an, für hochwertige Gesundheitsleistungen, bezahlbare Wohnungen und für Arbeit, die gerecht entlohnt wird. Wir laden herzlich ein, beim Auftakt in die heiße Wahlkampfphase am 24. August mitzumachen. ■



FOTO: SPD-HESSEN

POLITIKWECHSEL JETZT

LANDESPARTEITAG IN BAD HERSFELD

→ Fortsetzung von Seite 1

Mit der geplanten Umsetzung eines 100-Tage-Programms nach der Regierungsübernahme sollen die größten schwarz-gelben Fehler und Irrwege zügig korrigiert werden. Allen voran die Rückkehr zu G9 sowie die Rücknahme des umstrittenen Kinderförderungsgesetzes. Die Rede des nominierten Spitzenkandidaten wurde von tosendem Applaus und Standing Ovations begleitet. Mit Christine Lambrecht, Brigitte Zypries und Elke Künholz war das Tagungspräsidium fest in Frauenhand.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, sprach über Themen, die auch auf der hessischen Agenda stehen: Gute Arbeit, Gleichberechtigung der Geschlechter, die Energiewende und gute Bildungspolitik. „Ihr habt einen klugen und charmanten Kandidaten. Ich wünsche mir einen Ministerpräsidenten Thorsten Schä-

fer-Gümbel in meinem Nachbarland“, erklärte sie gut gelaunt. Der ehemalige Ministerpräsident Hans Eichel bringt es auf den Punkt: „Jetzt ist der Wechsel in Hessen möglich.“

Dafür müssen wir aber noch hart arbeiten.“ Verabschiedet wurde eine vielseitige Landesliste mit jungen und alten, neuen und erfahrenen Kandidatinnen und Kandidaten aus Nord- und Südhessen. Auf Thorsten Schäfer-Gümbel folgen Nancy Faeser, Günter Rudolph, Heike Habermann und Corrado Di Benedetto, Vorsitzender der hessischen Ausländerbeiräte.

Bereits am Freitagabend wurde mit einem bunten Familienfest mit Musik und Unterhaltungsprogramm vor der Benno-Schilde-Halle für Klein und Groß auf den Landesparteitag eingestimmt. Er endete mit der Erkenntnis: Gemeinsam schaffen wir den Wechsel. ■



FOTO: PETER JÜLICH

Thorsten Schäfer-Gümbel: „Unsere größte Herausforderung ist der Vertrauensverlust von Menschen gegenüber der Gestaltungskraft von Politik.“



FOTO: PETER JÜLICH

„Ich wünsche mir einen Ministerpräsidenten Thorsten Schäfer-Gümbel in meinem Nachbarland“, forderte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer.



FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN

Rüstzeug für den steinigten Weg zur Regierungsübernahme: Grubenlampe und Steigerstock vom Bergmannsverein Glückauf Wintershall.



FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN

Hans Eichel: „Jetzt ist der Wechsel in Hessen möglich. Dafür müssen wir aber noch hart arbeiten.“



FOTO: PETER JÜLICH

WECHSEL. UND DANN?

100-TAGE-PROGRAMM UND WECHSELMANNSCHAFT

Die Vorbereitungen für den Politikwechsel laufen auf Hochtouren. Nachdem über 1.200 Hessinnen und Hessen gemeinsam das Programm erarbeitet haben, wird jetzt ein 100-Tage-Programm erarbeitet. Ziel: Die wichtigsten und eiligsten Forderungen des Wahlprogramms sollen in konkrete Handlungsschritte für die ersten 100 Tage nach der Regierungsübernahme umgesetzt werden. Schwerpunkte sind die Themenbereiche Arbeit, Bildung, soziale Gerechtigkeit und weltoffenes Hessen.

Mit einer starken Mannschaft startet Thorsten Schäfer-Gümbel in die heiße Wahlkampfphase. In den vergangenen Wochen hat er die ersten Mitglieder in die „Mannschaft für den Wahlsieg“ berufen. Hier die bisher sechs vorgestellten Mitglieder der Wechselmannschaft:



Nancy Faeser ist zurzeit innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. Die Juristin wird für die Bereiche Inneres, Kommunales und Sport zuständig sein.



Bärbel Feltrini, Politologin aus Frankfurt am Main, ist Mitglied des Bundesvorstands der IG BAU. Sie wurde berufen für die Bereiche Arbeit, Ausbildung und Soziales.



Günter Rudolph wurde für die Themen Infrastruktur und Verkehr berufen. Günter Rudolph ist der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion.



Susanne Selbert soll nach dem Regierungswechsel die Verantwortungsbereiche Ländlicher Raum/Neuer

Hessenplan sowie Verbraucherschutz, Umwelt und Naturschutz übernehmen. Die Juristin ist Ers-te Kreisbeigeordnete im Landkreis Kassel.



Dr. Matthias Kollatz-Ahnen, Diplom-Volkswirt, ist Mitglied des Beratungsgremiums der EU-Kommission und ausgewiesener Finanzexperte. Er soll die Bereiche Wirtschaft, Wohnungsbau und Finanzplatz übernehmen.

Die weiteren Mitglieder von Thorsten Schäfer-Gümbels Mannschaft für den Wahlsieg werden wir in der nächsten Ausgabe vorstellen. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe waren noch nicht alle Mitglieder der „Wechsel-Mannschaft“ benannt.

KANDIDATINEN UND KANDIDATEN FÜR DIE LANDTAGSWAHL AM 22. SEPTEMBER 2013

Listenplatz	Kandidat	aus Wahlkreis
1	Schäfer-Gümbel Thorsten	Gießen II
2	Faeser Nancy	Main-Taunus I
3	Rudolph Günter	Schwalm-Eder I
4	Habermann Heike	Offenbach-Stadt
5	Di Benedetto Corrado	Offenbach Land I
6	Ypsilanti Andrea	Frankfurt am Main VI
7	Quanz Lothar	Eschwege-Witzenhausen
8	Hofmeyer Brigitte	Kassel-Land I
9	Schmitt Norbert	Bergstraße I
10	Grumbach Gernot	Frankfurt am Main II
11	Siebel Michael	Darmstadt-Stadt I
12	Hofmann Heike	Darmstadt-Dieburg I
13	Roth Ernst-Ewald	Wiesbaden I
14	Waschke Sabine	Fulda II
15	Lotz Heinz	Main-Kinzig III
16	Gnadi Lisa	Wetterau II
17	Frankenberger Uwe	Kassel-Stadt I
18	Hartmann Karin	Bergstraße II
19	Weiß Marius	Rheingau-Taunus II
20	Merz Gerhard	Gießen I
21	Dr. Spies Thomas	Marburg-Biedenkopf II
22	Barth Elke	Hochtaunus I
23	Eckert Tobias	Limburg-Weilburg II
24	Neuschäfer Daniela	Waldeck-Frankenberg II
25	Yüksel Turgut	Frankfurt am Main III
26	Alex Ulrike	Offenbach Land II
27	Degen Christoph	Main-Kinzig I
28	Müller Regine	Schwalm-Eder II
29	Kummer Gerald	Groß-Gerau II
30	Grüger Stephan	Lahn-Dill I
31	Warnecke Torsten	Hersfeld
32	Geis Kerstin	Groß-Gerau I
33	Holschuh Rüdiger	Odenwald
34	Löber Angelika	Marburg-Biedenkopf I
35	Bastian Swen	Vogelsberg
36	Kunz Cirsten	Lahn-Dill
37	Barthel Pascal	Fulda I
38	Kracht-Koob Andrea	Bergstraße
39	Dr. Görlach Matthias	Wetterau III
40	Sarikaya Serpil	Offenbach Land I
41	Franz Dieter	Rotenburg
42	Schmidbauer Ulrike Helga	Darmstadt-Stadt II
43	David Michael	Wiesbaden II
44	Beck Daniela	Main-Taunus I
45	Decker Wolfgang	Kassel-Stadt II
46	Busch Ursula	Frankfurt am Main II
47	Polat Murat	Lahn-Dill II
48	Scaramuzza Elisa	Wetterau I
49	Gremmels Timon	Kassel-Land II
50	Geier Catrin	Darmstadt-Dieburg II
51	Schröbel Oliver	Darmstadt-Dieburg II
52	Helm Corinna	Gießen II
53	Dr. Weltecke Christoph	Waldeck-Frankenberg I
54	Ockenga Theda	Limburg-Weilburg
55	Grode Jens	Groß-Gerau I
56	Lopez Hella	Kassel
57	Gönsch Manfred	Hochtaunus II
58	Hartdegen Tanja	Hersfeld
59	Einhaus Georg	Main-Taunus II
60	Harbig Sylvia	Wetterau III
61	Dr. Alekuzei Rabani	Kassel
62	Lehr Hülya	Darmstadt-Dieburg II
63	Schmitt Hubert	Frankfurt am Main I
64	Krause Kristin	Lahn-Dill II
65	Maier Sebastian	Main-Kinzig II
66	Hillesheim Isabell-Joy	Hochtaunus I
67	Mahr Georg A.	Rheingau-Taunus I
68	Ozgülven Handan	Marburg-Biedenkopf II
69	Rompf Peter	Limburg-Weilburg I
70	Gasche Cornelia	Main-Kinzig II
71	Gasper Jürgen	Frankfurt am Main V
72	Strube Manuela	Kassel-Land II
73	Kunert Ralf	Offenbach Land III
74	Bergmann Anke	Kassel-Stadt I
75	Schmitt Jochen	Wetterau I
76	Pfäfflin Andrea	Hochtaunus I
77	Dobner Herbert	Darmstadt-Stadt II
78	Tritschler Elena	Fulda II
79	Heider Ralf Konrad	Frankfurt am Main IV
80	Rau-Stoll Marie-Luise	Offenbach Land III
81	Bicknase Rainer	Offenbach Land I
82	Haese Sonja	Marburg-Biedenkopf I
83	Merker Matti	Darmstadt-Stadt II
84	Dr. Seewald Ilja-Kristin	Hochtaunus II
85	Richter Siegfried	Schwalm-Eder
86	Emde Petra	Waldeck-Frankenberg II
87	Jost Tobias	Vogelsberg
88	Luxen Kristina	Frankfurt am Main VI
89	Schüßler Olaf	Schwalm-Eder I
90	Bender Caroline	Groß-Gerau I
91	Speth Frank	Limburg-Weilburg I
92	Klingenberg Sabrina	Odenwald
93	Umbach Stefan	Schwalm-Eder I
94	Schwarzenberger Ute	Main-Kinzig II
95	Berg Harald	Rheingau-Taunus
96	Tomaschky-Fritz Helga	Wiesbaden II
97	Feiertag Alexander Friedrich	Eschwege-Witzenhausen
98	Best Sina	Waldeck-Frankenberg II
99	Volk-Borowski Dennis	Wiesbaden I
100	Stäß Brigitte	Bergstraße I
101	Schaake Andreas	Waldeck-Frankenberg I
102	Schmidt Rebecca	Hochtaunus II
103	Gerhold Mike	Kassel Land I
104	Kütemeyer Marion	Main-Taunus I
105	Petri Axel	Rheingau-Taunus II
106	Kargl Sigrid	Main-Kinzig II
107	Petzoldt Marc	Frankfurt am Main III
108	Karatiken Süreyya	Odenwald
109	Sönmez Umut	Gießen I
110	Fuhrmann Petra	Hochtaunus I

SOZIALDEMOKRATISCHES REGIERUNGSPROGRAMM FÜR HESSEN 2014-2019



GERECHTIGKEIT MACHT STARK.



Weit über 1.200 engagierte Hessinnen und Hessen haben am am Regierungsprogramm für die Landtagswahl mitgearbeitet. Ihre Kritik, ihre Ideen und Vorschläge stecken in unserem Programm. Es kann ebenso wie eine Kurzfassung beim Team der Landesgeschäftsstelle bestellt werden. Telefon: 0611 - 999 77-0

**WIR GRATULIEREN
UNSEREN BÜRGER-
MEISTERINNEN UND
BÜRGERMEISTERN**

Jörg Müller, Bürgermeister
in Knüllwald



**SPD UNTER-
STÜTZT VOLKS-
INITIATIVE
„PRO G9“**

Die HessenSPD unterstützt die Volksinitiative „Pro G9: Mehr Zeit für bessere Bildung“, die Ende Juni offiziell gestartet wurde. Die Volksinitiative hat sich vorgenommen, rund 100.000 Unterschriften in Hessen dafür zu sammeln, dass eine generelle Rückkehr zu G9 am Gymnasium erfolgt und auch die Rückkehr bereits in G8 befindlicher Klassen ermöglicht wird.

Das breite Bündnis aus Eltern, Lehrern und Schülern zusammen mit einer Fülle von Verbänden zeige die Unzufriedenheit über die Schulpolitik der Landesregierung in beeindruckender Weise, erklärte Heike Habermann, schulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. Die SPD drücke der Initiative alle Daumen und werde sich aktiv daran beteiligen, die geforderten Unterschriften auch zu erhalten.

Homepage:
www.proG9.de ■

150 JAHRE DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE

AUSSTELLUNG DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG IN DER FRANKFURTER PAULSKIRCHE

Am 4. Juni 2013 wurde die Ausstellung „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ in der Frankfurter Paulskirche eröffnet. An die Bedeutung der Sozialdemokratie gestern und heute erinnerten in ihren Redebeiträgen Kurt Beck (FES-Vorsitzender), Heidi Wiecek-Zeul (MdB und Bundesministerin a. D.) und Thorsten Schäfer-Gümbel (Vorsitzender SPD-Fraktion im Hess. Landtag). Was die in der Sozialdemokratie engagierten Männer und Frauen eint, brachte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf den Punkt: „Sie stehen gemeinsam für die Idee Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.“



Was uns alle eint? Wir stehen gemeinsam für die Idee Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. DGB-Chef Michael Sommer (rechts) neben Heidi Wiecek-Zeul und Kurt Beck.

Mit der Ausstellung wird die Geschichte der Sozialdemokratie gewürdigt und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland gezeigt.

Mehr Informationen zur Wanderausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung:
www.geschichte-der-sozialdemokratie.de/wanderausstellung ■

EINBERUFUNG EINES ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAGS AM 30. NOVEMBER 2013

Der Landesvorstand hat in seiner Sitzung vom 7.6.2013 den ordentlichen Parteitag förmlich einberufen. Gemäß § 5a der Satzung des SPD Landesverbands Hessen wird hiermit bekannt gegeben, dass der nächste ordentliche Parteitag am Samstag, den 30.11.2013, um 10 Uhr im Darmstadtium, Schlossgraben 1, 64283 Darmstadt, stattfindet.

Vorläufige Tagesordnung des ordentlichen Landesparteitags:

- TOP 1 Begrüßung und Eröffnung
- TOP 2 Konstituierung des Parteitags
- TOP 3 Tätigkeitsbericht des Landesvorstands mit Aussprache
- TOP 4 Rechenschaftsberichte
- TOP 5 Berichte der Revisoren
- TOP 6 Aussprache zu den Rechenschaftsberichten und den Berichten der Revisoren
- TOP 7 Wahl des Landesvorstands
- TOP 8 Wahl der Revisoren
- TOP 9 Beratung und Beschlussfassung von Anträgen
- TOP 10 Schlusswort und Ende des Parteitags

Anträge zum ordentlichen Landesparteitag müssen nach § 5a Absatz 2 der Satzung des SPD-Landesverbands Hessen bis spätestens zum 19. Oktober 2013 schriftlich in der Landesgeschäftsstelle (Rheinstraße 22, 65185 Wiesbaden) eingegangen sein, möglichst per E-Mail: landesverband.hessen@spd.de

Der Eingang der fristgerecht gestellten Anträge wird den Absendern bestätigt.

Nach § 4 Absatz 3 der Satzung des SPD-Landesverbands Hessen setzt sich der Parteitag aus 350 Delegierten zusammen. Die Verteilung der Mandate erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die in den vorausgegangenen vier Quartalen Pflichtbeiträge abgerechnet wurden. Der sich aus dieser Regelung ergebende Delegiertenschlüssel wird daher vom Landesgeschäftsführer den Unterbezirksgeschäftsführern mitgeteilt.

SPENDE EIN PLAKAT

Spende jetzt ein Plakat, das an eine freie Großfläche Deiner Wahl geklebt wird. So kann jede und jeder für unsere Inhalte und Thorsten Schäfer-Gümbel werben. Wähle selbst den besten Ort für das Plakat, ob in der Nachbarschaft, auf dem Weg zur Arbeit oder einem anderen Ort, an dem Du unterwegs bist.

Mit unserem Online-system kann man in nur wenigen Minuten Plakat und Ort zwischen dem 20. August und 22. September auswählen. Die Druckkosten übernimmt die HessenSPD. Für die Unterstützung gibt es eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt.

Spende ein Plakat:
www.spd-hessen.de



FOTO: PETRA TURSKEY-HARTMANN

FOTO: SPD HESSEN

RESPEKT ALS FUNDAMENT FÜR SOZIALEN ZUSAMMENHALT

INTERVIEW MIT THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL

In den vergangenen Monaten hat Thorsten Schäfer-Gümbel Dutzende von Gesprächen zum Thema „sozialer Zusammenhalt“ geführt. Im Interview mit dem **vorwärts** zieht Thorsten Schäfer-Gümbel eine Zwischenbilanz seiner Gespräche.

vorwärts: Frauenhaus, Altenheim, Ausbildungswerkstatt – du hast ganz unterschiedliche Einrichtungen besucht. Gibt es einen Punkt, auf den du überall gestoßen bist?

Schäfer-Gümbel: Viele Leute, die ich kennengelernt habe, waren nach meinem Eindruck überrascht, dass jemand kommt und ihnen wirklich zuhört. Häufig ist es ja so, dass über die Betroffenen geredet wird und nicht mit ihnen. Also habe ich es ganz bewusst anders gemacht und das Gespräch auf Augenhöhe gesucht. Ich glaube, viele haben das als Wertschätzung empfunden.

vorwärts: Ist das der Grund, warum du seit einiger Zeit so oft über das Thema Respekt sprichst?



FOTO: PETER JÜLICH

Schäfer-Gümbel: In Gießen ist mir ein 60-jähriger Mann begegnet, der jahrzehntelang gekämpft hat, um von seiner Hände

Arbeit einigermaßen leben zu können. Heute hilft er bei der Tafel mit und ist dort selbst Kunde. Und er sagte zu mir: „An die Politik habe ich keine Erwartungen mehr.“ Dieser Satz nagt an mir, weil er so deutlich macht, dass wir endlich wieder eine Politik brauchen, die Menschen Hoffnung gibt. Und die erste Voraussetzung dafür ist Respekt. Respekt ist die Basis für sozialen Zusammenhalt.

vorwärts: Was bedeutet Respekt für die Politikfelder jenseits der Sozialpolitik?

Schäfer-Gümbel: Respekt ist eine gute Klammer für viele sozialdemokratische Themen. Weil wir Respekt vor harter Arbeit haben, fordern wir Mindestlöhne. Weil wir alle Begabungen unserer Kinder respektieren, wollen wir sie fördern und jedem Kind gerecht werden. Und auch unsere Familienpolitik steht unter dem Zeichen des Respekts. Deshalb wollen wir die Kinderbetreuung verbessern und Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. ■

FAMILIENTAG IN WEILBURG



FOTO: HILFRUD WALL

Großen Zuspruch fand der Stand der SPD-Landtagsfraktion und des Ortsvereins Weilburg beim diesjährigen Familientag am 8. Juni 2013 in Weilburg. Bei strahlendem Sonnenschein hatten die Helferinnen und Helfer alle Hände voll zu tun. Umfangreiches Informationsmaterial und das Glücksrad waren bei großen und kleinen Besucherinnen und Besuchern sehr gefragt.

WIR GRATULIEREN



FOTO: LISA WEBER

Die SPD-Fraktion gratuliert Lena Kreutzmann und Marius Weiß herzlich zur Hochzeit am 1. Juni 2013.

OPERATION WAHLKAMPF-DOPING

CDU-FINANZMINISTER VERSTÖSST GEGEN NEUTRALITÄTSPFLICHT

Die von der Landesregierung auf einen Berichtsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingeräumten 92 „Abgeordnetenbriefe“ an CDU- und FDP-Abgeordnete belegen nach Auffassung des Parlamentarischen Geschäftsführers Günter Rudolph eine „systematische und ohne jedes Unrechtsbewusstsein praktizierte Wahlkampfhilfe“ für Schwarz-Gelb. Aufgeflogen war die Aktion, nachdem CDU-Finanzminister Schäfer am 14. Mai 2013 einen mehrseitigen Brief unter dem Titel „Rot-Grüne Steuerpolitik – Wie der Bürger zur Kasse gebeten werden soll“ exklusiv an die Landtagsabgeordneten von CDU und FDP verschickt hatte.

Verfassungsrechtler sehen in dem Schreiben des Finanzministeriums, in dem gegen die Steuerpläne von SPD und GRÜNEN auf Bundesebene gewettert wird, einen Verstoß gegen das Neutralitätsgebot der Regierung gerade auch in Wahlkampfzeiten. Der Umfang dieser exklusiven Unterstützung für Schwarz-Gelb zeige, so der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph, dass die schwarz-



Günter Rudolph, MdL

gelbe Landesregierung nicht mehr zwischen Partei und Staat unterscheide. „Schäfer hat mit dieser Aktion gegen seine eigene, per geleisteten Amtseid versicherte Neutralitätspflicht verstoßen.“

Kurz nach Bekanntwerden des kritisierten Abgeordnetenbriefes veröffentlichte das Finanzministe-

rium weitere Schreiben Schäfers an CDU- und FDP-Abgeordnete. Ein Brief zum Thema Schuldenbremse enthielt eine Musterpressevorlage für Abgeordnete mit dem Hinweis, dass sie diese „gern für Ihre Arbeit vor Ort nutzen können“. Schäfer hatte das Schreiben auf dem offiziellen Papier des Finanzministeriums gemeinsam mit den finanzpolitischen Sprechern der CDU- und FDP-Fraktion verfasst. ■



FOTO: PETRA TURSKEY-HARTMANN

Hessenfest in Berlin: Thorsten Schäfer-Gümbel im Gespräch Torsten Albig, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein in der hessischen Landesvertretung.

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:

Gert-Uwe Mende (verantwortlich),
Petra Tursky-Hartmann,
Katja Apelt,
Oliver Schopp-Steinborn
Christel Jung
Gerfried Zluga
Jonas Tresbach
Nico Lederle

Anschrift:

Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

SCHWARZ-GELB IM KO

FREIHEITSRECHTE EINGESCHRÄNKT

Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 2008 die **automatische Kennzeichenerfassung** als verfassungswidrig gestoppt. Die SPD-Fraktion hatte die Einführung der automatischen Kennzeichenerfassung abgelehnt, weil dadurch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung beeinträchtigt und jeder Bürger unter Generalverdacht gestellt wird. Nachdem bereits die Regelung zur Wohnraumüberwachung im hessischen Polizeirecht und Verfassungsschutzgesetz verfassungswidrig gewesen ist und die CDU mit ihrer uneingeschränkten Forderung nach Online-Durchsuchungen von Computern gescheitert war, war

dies das dritte Mal, dass durch das BVerfG dem damaligen Innenminister und heutigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU) verfassungswidriges Handeln ins Stammbuch geschrieben wurde.



Nancy Faeser, MdB

» Es muss nun auch endlich der CDU klar werden, dass man nicht um jeden Preis in die Freiheitsrechte der Bevölkerung eingreifen darf. «

PFUSCH BEI BIBLIS

Anfang März 2013 hat der Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel entschieden, dass die von Umweltministerin Lucia Puttrich (CDU) angeordnete Stilllegung des **AKW Biblis** im März 2011 rechtswidrig gewesen ist. Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte versäumt, RWE anzuhören. Dem Land Hessen droht jetzt eine Millionenklage in Höhe von 187 Millionen Euro.



Timon Gremmels, MdB

» Diese schwarz-gelbe Stümperei wird für Hessen richtig teuer. «

KONTROLLE VERLOREN

Nachdem der Hessische Rechnungshof darauf hingewiesen hatte, dass das Wissenschaftsministerium unter Eva Kühne-Hörmann (CDU) weder den Bedarf an Studienplätzen noch die Liquidität der **European Business School (EBS)** hinreichend geprüft habe, ist Ende 2012 der Untersuchungsausschuss 18/3 eingesetzt worden. Das Land Hessen hat den Aufbau einer juristischen Fakultät an der privaten Hochschule mit 23 Millionen Euro gefördert. Anfang März 2013 hat die European Business School zur Sicherung ihrer Finanzen eine Landesbürgschaft in Höhe von einer Million Euro beantragt.

» Aufgrund personeller Verquickungen zwischen EBS und schwarz-gelber Landesregierung sind offensichtlich alle Kontrollmechanismen außer Kraft gesetzt worden. «



Marius Weiß, MdB

STEUERFAHNDER GEMOBBT

Der Untersuchungsausschuss 18/1 zur **Zwangspensionierung von Steuerfahndern** beschäftigte sich mit dem Vorwurf, dass vier Steuerfahnder unangemessen behandelt und gemobbt worden sind und schließlich zielgerichtet mithilfe falscher psychologischer Gutachten zwangspensioniert wurden. Die SPD-Fraktion interessierte, ob der ehemalige Ministerpräsident Koch (CDU) als auch der ehemalige Finanzminister Weimar (CDU) von den Vorgängen gewusst, sie möglicherweise geduldet oder gar initiiert hatten. Das Berufsgericht für Heilberufe hatte bereits im November 2009 festgestellt, dass die Zwangspensionierung der betroffenen Steuerfahnder auf Grundlage eines fehlerhaften Gutachtens erfolgt war. Das Angebot, in die Steuerverwaltung zurückzukehren, bezeichnete Schmitt als „Hohn“, solange die Drahtzieher des Skandals noch im Amt und unbehelligt seien.

cherweise geduldet oder gar initiiert hatten. Das Berufsgericht für Heilberufe hatte bereits im November 2009 festgestellt, dass die Zwangspensionierung der betroffenen Steuerfahnder auf Grundlage eines

fehlerhaften Gutachtens erfolgt war. Das Angebot, in die Steuerverwaltung zurückzukehren, bezeichnete Schmitt als „Hohn“, solange die Drahtzieher des Skandals noch im Amt und unbehelligt seien.

WORTBRUCH AUFGEFLOGEN

Im Oktober 2011 hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) die siebzehn in der Zeit von 23 bis 5 Uhr von Wirtschaftsminister Rhiel (FDP) genehmigten Starts und Landungen am Frankfurter Flughafen gestoppt. Die Umsetzung des **Nachtflugverbots** ist Teil des Mediationsverfahrens, an das der Betrieb der neu gebauten Landebahn Nordwest gekoppelt sei. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs



Uwe Frankenberger, MdB

im April 2012 bestätigt. Zwischen 2000 und 2007 hatten Volker Bouffier (CDU) und Jörg-Uwe Hahn (FDP) als Abgeordnete im Hessischen Landtag in namentlicher Abstimmung mehrfach für ein Nachtflugverbot gestimmt.

» Wortbruch bleibt Wortbruch – niemand hat die Landesregierung gezwungen, in Revision zu gehen. «



Norbert Schmitt, MdB

» Die ungerechtfertigt diskriminierten Beamten müssen rehabilitiert werden. «



FOTO: FOTOLIA, PATRICK POENDL

INFLIKT MIT DEM RECHT



GERICHT SCHÜTZT KOMMUNEN

Im Mai 2013 hat der Hessische Staatsgerichtshof die Kürzungen von 344 Millionen Euro der schwarz-gelben Landesregierung im **Kommunalen Finanzausgleich (KFA)** für verfassungswidrig erklärt. Die Richterinnen und Richter befanden, dass CDU und FDP mit ihrem Gesetz über den Kommunalen Finanzausgleich aus dem Jahr 2011 das Selbstverwaltungsrecht der Stadt Alsfeld und aller hessischen Kommunen verletzt haben. Die SPD hatte sich von Anfang an gegen die KFA-Kürzungen ausgesprochen und immer wieder die Rücknahme gefordert. Die Landesregierung muss nun darlegen, wie sie die vom Staatsgerichtshof geforderte objektive Ermittlung der Aufgabenbelastung und der Finanzkraft der hessischen Kommunen zur Ermittlung des Finanzbedarfs bis Ende 2015 sicherstellen will.



Thorsten Schäfer-Gümbel, MdB

»Die Landesregierung muss für eine angemessene Finanzausstattung der hessischen Kommunen sorgen.«

HERRSCHAFTSWISSEN

Die SPD-Fraktion hat Verfassungsklage gegen die Weigerung der schwarz-gelben Landesregierung eingereicht, weil sie keine Auskünfte gibt, welche **Meinungsumfragen** sie in den Jahren 2005 bis 2011 in Auftrag gegeben hat. Professor Dr. Hans Michael Heinig sieht im parlamentarischen Fragerecht einen zwingend notwendigen Bestandteil der parlamentarischen Demokratie. Deshalb sei die Landesregierung grundsätzlich verpflichtet, Fragen von Abgeordneten zu beant-



Günter Rudolph, MdB

worten. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat eine vergleichbare Frage bereits bejaht.

»Die Verwendung von Steuergeldern für Umfragen einer Landesregierung muss der parlamentarischen Kontrolle unterliegen.«

VETTERNWIRTSCHAFT

Im Jahr 2011 hat der Hessische Staatsgerichtshof den Verfassungsbruch von CDU und FDP gestoppt, als sie mit ihrer Ausschussmehrheit im Untersuchungsausschuss 18/2 zur sogenannten **Polizeichefaffäre** die erneute Zeugenvernehmung eines Mitbewerbers verhindern wollten. Ziel des Untersuchungsausschusses war, aufzuklären, ob der damalige CDU-Innenminister und heutige Ministerpräsident Volker Bouffier im Jahr 2009 seinen Parteifreund Hans Langecker in grob rechtswidriger Weise zum Präsidenten der Bereitschaftspolizei ernannt hat. Im Ergebnis musste festgestellt werden, dass das Stellenbesetzungsverfahren in grob rechtswidriger Weise durchgeführt und verfassungsrechtliche Grundsätze durch Bouffier und Rhein verletzt wurden.



Nancy Faeser, MdB

»Ein Rechtsbruch durch einen Minister ist keine Lappalie, sondern Unrecht!«

PRIVATISIERUNG TEILWEISE VERFASSUNGSWIDRIG

Das Bundesverfassungsgericht hat im Februar 2012 die **Privatisierung der Universitätskliniken Gießen und Marburg** in arbeitsrechtlicher Hinsicht für teilweise verfassungswidrig erklärt. Arbeitnehmer im öffentlichen



Dr. Thomas Spies, MdB

Dienst dürften nicht gegen ihren Willen zu einem privaten Arbeitgeber verschoben werden, so die Richter.

»Die dilettantisch umgesetzte Privatisierung des Universitätsklinikums ist schlicht und einfach falsch gewesen.«

ROTE KARTE FÜR SOZIALMINISTER

Der Staatsgerichtshof hat die Landesregierung von Volker Bouffier (CDU) im Sommer 2012 verpflichtet, Kosten, die durch die sogenannte **Mindestverordnung** im Betrieb von Kindertagesstätten entstehen, den Kommunen entsprechend zu erstatten. 39 hessische Städte und Gemeinden hatten vor dem Staatsgerichtshof geklagt, weil ihnen das Land Hessen die Erstattung der Kosten für kleinere



Gerhard Merz, MdB

Gruppen und einen höheren Personalschlüssel in Kindertagesstätten verweigert hatte. Das Konnexitätsprinzip ist seit 2002 Bestandteil der Landesverfassung.

»Der Versuch von Minister Grüttner (CDU), sich aus der Verpflichtung zur Erstattung der Kosten herauszumogeln, ist gescheitert.«

53. HESSENTAG IN KASSEL

SPD-FRAKTION IN DER LANDESAUSSTELLUNG



IN HESSEN. GANZ OBEN. So lautete das Motto des diesjährigen Hessentages in Kassel, den über 1,8 Millionen Gäste vom 14. bis 23. Juni besuchten. Die Stadt, die neben dem Hessentag in diesem Jahr auch ihr 1.100-jähriges Jubiläum feiert, richtete das älteste und größte Landesfest Deutschlands erstmals 1964 aus. Die Hessentage wurden 1961 durch den damaligen hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn ins Leben gerufen.



Hatten viel Spaß am Infostand in den Messehallen: Ernst-Ewald Roth mit den Jusos Kevin Glock und Jonas Tresbach.



Fraktionssitzung im Kasseler Kreishaus mit Lothar Quanz, Uwe Frankenberger, Ulli Gottschalch, Günter Rudolph, Brigitte Hofmeyer, Thorsten Schäfer-Gümbel, Susanne Selbert, Timon Gremmels, Winfried Becker, Wolfgang Decker, Dieter Franz und dem Oberbürgermeister von Kassel, Bertram Hilgen. (v. l. n. r.)



Die HNA lud zum Ausflug ins UNESCO-Weltkulturerbe unter den Herkules in den Bergpark Wilhelmshöhe.



Michael Siebel, Heike Hofmann, Thorsten Schäfer-Gümbel und Dieter Birkelbach, stellvertretender OV-Vorsitzender aus Lohfelden, standen Rede und Antwort.



Moderner Streifendienst auf dem Hessentag: Tipps und Tricks beim Segwayfahren für den SPD-Spitzenkandidaten.



Autogrammstunde am Infostand der SPD-Fraktion in der Landesausstellung.



Marius Weiß gratuliert dem Walsdorfer Team um die Idsteiner Bürgermeisterkandidatin Ellen Maurer-Genc zum Sieg beim „Dollen Dorf 2013“.



Nancy Faeser mit Genossinnen und Genossen beim Rundgang durch die Landesausstellung.



Benefiz-Fußball für die Leidtragenden der Hochwasserkatastrophen, das die Kasseler Stadtverordnetenversammlung mit 3:1 gegen die Mannschaft des Hessischen Landtags entschied.



Gemeinsam trainieren: Der Hessische Behinderten- und Rehabilitationssport-Verband zeigte, wie Sport Menschen mit und ohne Behinderung verbindet.



Unterstützung für die Spendenaktion des DRK durch die Mitglieder des Arbeitskreises Soziales mit Dr. Thomas Spies, Hiltrud Wall, Ernst-Ewald Roth, Gerhard Merz und Timon Gremmels.



Ausklang eines langen Tages im Schatten von Kastanien. Der Stammtisch der SPD-Fraktion im Weindorf mit Norbert Schmitt am Weinstand der Bergsträßer Winzer und der Odenwälder Winzergenossenschaft. Die Stadt Bensheim wird 2014 den nächsten Hessentag ausrichten.



Frauenpower am Infostand mit Regine Müller und Lisa Gnadl.